

Beschluss des Landrats vom 12.03.2026

Nr. 1612

35. Transparenzoffensive in der BUD – mit unabhängiger Aufsicht und echter Partizipation

2025/158; Protokoll: pw, bw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat lehne die Motion ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Christine Frey (FDP) hat sich zur Einstimmung die Replik von Regierungsrat Isaac Reber auf ihr Inputreferat an der letzten Landratssitzung nochmals angehört. Weil seit der letzten Sitzung vier Wochen vergangen sind, erlaubt sie sich nochmals eine kurze Einordnung vorzunehmen, dies auch in Bezug auf die Stellungnahme des Regierungsrats. Der Regierungsrat hatte ihre Vorstösse als starken Tobak bezeichnet. Mit Verlaub: Sachliche Kritik zu äussern und belegbare Missstände anzusprechen ist kein starker Tobak. Starker Tobak ist vielmehr, wenn ein Parlament auf offensichtliche Probleme hinweist und die Antwort darauf im Wesentlichen lautet, es sei alles in Ordnung. Genau diesen Eindruck hat diese Replik hinterlassen. Regierungsrat Isaac Reber hatte lange über den Campus Dreispitz gesprochen und sogar gesagt, dieser sei der Aufhänger für die Vorstösse. Dies stimmt nicht. Wer dies behauptet, hat die Vorstösse offensichtlich nicht gelesen. Im Vorstoss steht klar, dass der Campus Dreispitz exemplarisch für ein strukturelles Problem steht, er ist also ein Beispiel und nicht der Aufhänger. Die Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) bringt aktuell keine anspruchsvollen Vorhaben ins Ziel. Deshalb wurde die berechtigte Frage aufgeworfen, ob dies an strukturellen Defiziten in der Projektsteuerung und in den Verfahren liegt. Der Eindruck von Christine Frey ist, dass der Regierungsrat vor allem versucht hat, mit langen Rechtfertigungen vom eigentlichen Punkt abzulenken. Noch einmal: Der Campus Dreispitz ist nicht der Kern der Vorstösse, er ist ein Beispiel. Der Kern ist ein Muster, das immer wieder das Gleiche zeigt: Projekte werden angekündigt, Erwartungen werden geweckt und am Ende bleibt wenig übrig, ausser Erklärungen, warum etwas nicht geht. Beim Campus Dreispitz war es so, bei Salina Raurica ist seit Jahren Stillstand ersichtlich – ausser dass die Rheinstrasse ohne Not verlegt wurde – und ein Bagger ist bis heute weder am Rhein noch in anderen Gebieten aufgefahren und beim Zubringer Bachgraben (ZUBA) wird seit fast einem Jahrzehnt auf Fortschritt gewartet. Trotzdem ist immer wieder zu hören, dass alles laufe. Ein ähnliches Beispiel ist die Verlegung der Talstrasse in Münchenstein. Als Münchensteinerin kennt die Rednerin das Projekt sehr gut. Es wurde vor vielen Jahren von den beiden Gemeinden Arlesheim und Münchenstein angestossen, um den Verkehr aus den Dörfern herauszunehmen und entlang der Industrie zu führen. Im Verlauf dieser Planung ist daraus jedoch ein Projekt mit Veloschnellrouten und entsprechend stark steigenden Kosten entstanden, mit einem Kosten-Nutzen-Verhältnis, das kritisch hinterfragt werden darf. Dass mitten in diesem Prozess uptownBasel gekommen ist, ist schlicht Glück und Zufall. Ohne uptownBasel wären die heute veranschlagten hohen Kosten kaum zu begründen. Man sollte darum aufpassen, dass nicht nachträglich eine Geschichte konstruiert wird, die mit der ursprünglichen Planung wenig zu tun hat. Die Menschen erleben draussen eine andere Realität als skizziert wurde. Sie stehen nämlich jeden Tag im Stau, sie warten Monate auf Baubewilligungen und sie sehen grosse Ankündigungen für Strassenprojekte und Entwicklungsgebiete, bei denen dann seit Jahren wenig passiert. Dies ist die Realität im Kanton Basel-Landschaft.

An der letzten Landratssitzung wurde der erste Vorstoss aus dieser Reihe diskutiert: die Effizienzoffensive, welche die Verwaltungsprozesse leistungsfähiger machen soll. Der Regierungsrat hatte diesbezüglich erklärt, weshalb die Verwaltung die Dauer von Baugesuchen nicht effizienter gestalten kann und das Baselbiet von den letzten Rängen in der Schweiz holen kann. Der Regierungsrat

hatte diese mit Einsprachen, mit unvollständigen Gesuchen und mit externen Faktoren erklärt. Kurioserweise hatte der Regierungsrat zudem die lange Dauer vom Gesuch bis zur Baubewilligung auch anhand von Gesuchen für neue Mobilfunkantennen gerechtfertigt. Bei allem Respekt, neue Mobilfunkantennen sind in allen Kantonen unbeliebt und beeinflussen in allen Kantonen die Statistik gleichermassen, also kann dieses Beispiel nicht als Rechtfertigung dienen. Hörte man der Replik weiter zu, entstand der Eindruck, dass immer irgendjemand anderes schuld ist – seien es die Einsprachen, seien es unvollständige Gesuche, der Bund, Basel-Stadt oder zwischen den Zeilen offenbar auch noch die Wirtschaftskammer. Christine Frey erachtet dies nicht als besonders konstruktiven Umgang mit Kritik. Wenn Probleme immer zuerst bei anderen gesucht werden, dann kommt man in der Sache nicht weiter. Der Landrat war von der Argumentation des Regierungsrats nicht überzeugt und überwies das Postulat mit zwei Dritteln der Stimmen.

In der Stellungnahme des Regierungsrats ist sehr viel über Verfahren, Zuständigkeit und Abläufe zu lesen. Dies ist eine klassische Prozesslogik; es wird erklärt, wie kompliziert alles ist. Für die Bevölkerung zählt am Ende aber etwas anderes: das Resultat. Es braucht mehr Ergebnislogik. In der Situation der BUD muss vor allem gefragt werden, wie eine klare Gesamtplanung aussieht – eine Strategie, die sagt, welche Projekte Priorität haben, wie sie umgesetzt werden und wann sie umgesetzt werden. Die Vorstösse von Christine Frey haben genau dies zum Ziel. Der Regierungsrat sagt auch, die Vorstösse würden mehr Bürokratie schaffen. Dem widerspricht die Rednerin: Die Vorstösse schaffen Klarheit und Verlässlichkeit. Sie verlangen, wie bei Unternehmen üblich, klare Ziele, klare Kennzahlen und eine transparente Rechenschaft. Zudem führt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme aus, dass diese Instrumente bereits existieren würden. Wieso funktioniert es dann aber offensichtlich nicht? Offenbar fehlt es eben nicht am Instrumentarium, sondern an der konsequenten Steuerung. Christine Frey hatte an der letzten Sitzung bereits gesagt, dass der Landrat das Aufsichtsorgan der Verwaltung ist. Wenn sich Strukturen so entwickeln, dass Projekte immer länger dauern und die Verantwortung immer diffuser wird, dann ist die Pflicht des Landrats, darauf hinzuweisen – dies nicht aus Parteitaktik, sondern weil der Kanton auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen ist und darauf, dass gebaut werden kann und die Planung verlässlich ist. Denn am Ende geht es nicht um Verwaltungsprozesse, sondern um Vertrauen: Vertrauen auch von Gemeinden, von Investoren und von der Bevölkerung in die Verlässlichkeit des Kantons. Dieses Vertrauen ist ein entscheidender Standortfaktor. Deshalb sind die vorliegenden Vorstösse kein Angriff und kein starker Tobak. Sie sind ein Weckruf, damit die BUD wieder so stark wird, wie sie es sein sollte, und wieder eine Direktion wird, die Projekte ermöglicht, statt immer neue Gründe zu finden, weshalb etwas nicht geht. Denn am Ende erwarten die Menschen im Baselbiet nicht perfekte Erklärungen, sondern sichtbare Resultate.

Die vorliegende Motion fordert unabhängige Aufsicht und echte Partizipation und damit sichtbare Resultate. Sie will erstens eine externe Projektprüfung alle zwei Jahre für wichtige Infrastrukturprojekte, sie will zweitens die Stärkung der Taskforce Anti-Stau, damit dies jährlich einen eigenen Lagebericht mit Empfehlungen ausstellen kann, drittens einen jährlichen Projektstatusbericht an Landrat mit Abweichungsanalyse, Fortschritt und Finanzierungsstand und viertens ein Online-Dashboard mit laufend aktualisierten Informationen zu Kosten, Meilensteinen und Zuständigkeiten. Transparenz ist kein Luxus, sondern die Grundlage von Vertrauen. Heute ist oft unklar, wo Projekte stehen, welche Risiken bestehen und warum Verzögerungen auftreten. Dies verunsichert alle. Die Motion will dies ändern. Sie verlangt eine klare, regelmässige Berichterstattung über den Stand der wichtigen Infrastrukturprojekte; dies nicht als Misstrauen, sondern als Instrument für Klarheit und Offenheit. Der Regierungsrat lehnt die Motion ab und redet von Bürokratie, doch das Gegenteil ist richtig: Intransparenz verursacht erst den Mehraufwand durch zusätzliche Sitzungen, Rückfragen und Frust. Offenheit schafft Übersicht und spart Ressourcen. Die Motion will keine neue Aufsichtsebene schaffen, sondern Qualität sichern durch klare Prozesse, externe Sicht und nachvollziehbare Entscheidungen. Dies wäre moderne Verwaltungsführung. Dadurch würde das

Vertrauen zwischen Verwaltung, Politik und Bevölkerung gestärkt. Christine Frey bittet um Unterstützung ihres Vorstosses. Dieser ist kein Misstrauensvotum. Sie ist bereit die Motion in ein Postulat umzuwandeln, wenn der Vorstoss so Mehrheiten findet.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) hat zur Vorbereitung nochmals die Voten von Christine Frey anlässlich der letzten Sitzung gelesen. Es gibt Punkte, die so einfach nicht stehengelassen werden können. Deshalb gibt es nun seinerseits ebenfalls einige längere Ausführungen, die notwendig sind, um gewisse Dinge ins richtige Licht zu rücken.

Wie eigenartig die Motionen von Christine Frey in der Landschaft stehen, ist – wie auch schon in der letzten Sitzung ausgeführt – an deren Aufhänger, dem Projekt Campus Dreispitz, zu sehen. Das Projekt Campus Dreispitz wird in allen vier Vorstössen als erstes erwähnt und ist somit der Aufhänger, auch wenn Christine Frey dies nun anders darstellte. Die angeführte und der BUD angelastete Sistierung des Uni-Projekts hat mit der BUD gar nichts zu tun. Der Regierungsrat hat das Projekt aus finanzpolitischen Gründen sistiert, weil bei der Universität ab 2030 ein grosser Sprung an Investitionskosten ansteht, dessen Finanzierung bis heute noch nicht geklärt ist. Folglich wäre es kontraproduktiv, bis dahin ein Projekt weiterzuverfolgen, das bei der Universität weit hinten auf der Prioritätenliste steht. Mit anderen Worten: Das Handeln des Regierungsrats ist im Interesse des Kantons Basel-Landschaft und der Steuerzahlerinnen und -zahler. Dieses müsste entsprechend auch im Interesse von Christine Frey sein, ist es offenbar aber nicht. Noch schräger in der Landschaft stehen die Motionen seit der wuchtigen Ablehnung der Transparenz- und Mitwirkungsinitiative durch die Baselbieter Stimmbevölkerung mit über 72 %. Wie bei der Initiative geht es auch in den Motionen um mehr Transparenz, Mitwirkung und Kontrolle. Jedenfalls atmen diese Motionen den gleichen Geist. Und wie bei der Initiative wird auch bei den Motionen mit gut tönenden Schlagworten geworben: mit Effizienz, Transparenz, Verlässlichkeit. Blickt man aber auf die Inhalte und Forderungen, dann geht es um etwas ganz anderes: um Berichterstattung, um noch mehr Berichterstattung, um aufwändigere Prozesse und Kontrolle der Kontrolle. Die Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben dies am letzten Wochenende durchschaut und die Initiative wuchtig verworfen. Regierungsrat Isaac Reber hofft, dass der Landrat mit den drei Motionen das gleiche macht.

Die Motionärin hatte sich vor zwei Wochen beklagt, die BUD verweigere sich dem Austausch. Tatsächlich ist es aber so, dass dies die Motionärin und die Wirtschaftskammer machen, welche hier offensichtlich vertreten wird. Diese verweigert nun schon seit Jahren den Austausch zwischen Regierungsrat und den Wirtschaftsverbänden, indem sie dort gar nicht teilnimmt. Regierungsrat Isaac Reber tut es leid, dass er dies hier so sagen muss, aber er kann die unzutreffenden Behauptungen von Christine Frey einfach nicht so stehen lassen. Daraus wird nämlich klar, dass tatsächlich ein aktiver und konstruktiver Austausch zwischen der Baselbieter Regierung wie auch der BUD mit der Wirtschaft stattfindet – so letzte Woche beispielsweise mit der Verkehrsliga beider Basel. Einzig die Wirtschaftskammer steht hier jeweils abseits. Wenn sogar der Austausch mit dem Gesamtre-gierungsrat verweigert wird, ist es unfair und sogar unlauter, das fehlende Gehör der BUD respektive ihrem Vorsteher anzulasten. Regierungsrat Isaac Reber wie auch die BUD wären nämlich an einem besseren und vor allem konstruktiven Austausch interessiert – dann könnte man sich wohl auch solche Motionen sparen. In diesem Sinne möchte der Redner gerne Offenheit für einen direkten und konstruktiven Austausch signalisieren.

Regierungsrat Isaac Reber findet schwierig und erachtet es am Ende des Tages sogar als schädlich für den Kanton, wenn der Kanton dauernd schlechtgeredet wird, insbesondere durch die unzutreffenden Behauptungen, dass im Aufgaben- und Tätigkeitsbereich der BUD nichts gehe. Dies ist unqualifiziert, und für eine Landrätin sogar eine Behauptung wider besseres Wissen.

Bei den Baubewilligungen, die an der letzten Landratssitzung im Mittelpunkt standen, macht der Kanton Basel-Landschaft wohl als einziger Kanton bereits heute dasjenige, was der Aktionsplan

des Runden Tisches von Bundesrat Guy Parmelin nun fordert. Die Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens. Während der Kanton Basel-Landschaft bereits vor sechs Jahren damit begonnen hat und in Bälde sogar nur noch digital unterwegs sein wird, beginnen andere Kantone erst damit. Zweitens schlägt der Aktionsplan die Umkehr des Verfahrens vor: Erst prüfen, dann publizieren! Genau dies praktiziert die BUD und das Bauinspektorat seit dem 1. Januar 2025 – also bereits vor dem Aktionsplan und den Motionen von Christine Frey. Das Ergebnis sind 30 % weniger Einsprachen. Weniger Einsprachen bedeuten, dass die Verfahren massiv gekürzt werden. Was macht die BUD bei Projekten? Macht sie nichts? Mitnichten! Die BUD saniert und erneuert gefühlt praktisch sämtliche Sekundarschulhäuser des Kantons und führt in Muttenz alle Berufsschulen zum neuen Berufsbildungszentrum zusammen; alleine letzteres ist eine Investition von CHF 200 Mio. Dies sind eindeutig grosse und sinnvolle Investitionen zugunsten der Fachleute und Arbeitskräfte von morgen. Die BUD saniert für hunderte von Millionen Franken – nach vorheriger jahrzehntelanger Blockade – seit 2024 respektive 2025 die beiden grössten Altlasten des Kantons, Feldreben Muttenz und Rheinlehne Pratteln. Dies ist eine weitere Investition in die Zukunft, in Areale und Wirtschaftsgebiete der Zukunft. Zudem wurde auch das Regierungsgebäude erneuert und das gleiche wird beim Kantonsgericht gemacht. Mit der Fertigstellung des Verwaltungsneubaus und der Erneuerung der BUD und der BKSD an der Rheinstrasse kann die ganze Verwaltung dort konzentriert und Dutzende von Liegenschaften und Einmietungen abgegeben werden. Dies für optimale Verwaltungseffizienz und notabene mehr Flächeneffizienz – die Flächen werden sich nämlich verringern und die Betriebskosten gesenkt. In Laufen wird das ganze Zentrum erneuert. Das erste Element der Zentrumsentlastung wird realisiert und für den Hochwasserschutz gesorgt – auch dies war seit 2007 mit der Überschwemmung von Laufen mehr als überfällig. Nun wird dies realisiert und damit das Zentrum des ganzen Laufentals attraktiv gemacht! Gemeinsam mit Augst und Pratteln wurde in Salina Raurica genau jene Infrastruktur umgesetzt, die der Landrat bestellt hat – gegen massiven Widerstand namentlich der Wirtschaftskammer. Hier muss man sich einmal mehr fragen, wer eigentlich blockiert. Und wenn jetzt der Einwand kommt, was dort denn nun gehe, dann kann Regierungsrat Isaac Reber nur antworten, dass die Infrastruktur vorhanden ist und man bald sehen wird, was diese, insbesondere in Salina West, auslösen wird. In den vergangenen Jahren wurde viel investiert in den öffentlichen Verkehr, sei es in den S-Bahnverkehr oder in die Busangebote. Damit werden die Erreichbarkeit und das Gesamtmobilitätsangebot verbessert und auch die Strassen entlastet. Nun zu den Hochleistungsstrassen: Auch wenn Christine Frey diesen Sachverhalt offenbar konstant und beharrlich ignoriert, sind die Hochleistungsstrassen 2020 an den Bund übergegangen. Seither arbeitet der Kanton konstruktiv mit dem Bund respektive dem ASTRA zusammen. Der Vollanschluss Aesch wurde realisiert, selbstverständlich im Kostenrahmen, und dem Bund übergeben. Dies zu dessen Freude: ASTRA-Chef Jürg Röthlisberger meinte bei der Übergabe, so gute Infrastruktur habe er noch nie erhalten. Weiterhin wurde gemeinsam mit dem zuständigen ASTRA – also unter dessen Federführung –, den Nachbarkantonen und der Handelskammer beider Basel im Rahmen der Korridorstudie Birstal der Konsens erzielt, dass die Beseitigung des Engpasses Angenstein nun prioritär angegangen werden muss – etwas, was vorher jahrzehntelang nicht gelungen ist und wozu sogar Regierungsrat Isaac Reber selber schon, noch als Landrat und zusammen mit Rolf Richterich, ca. 2009 einen Vorstoss eingereicht hatte mit dem Titel «Beseitigung des Engpasses Angenstein» – so viel zum Handlungsbedarf. Betreffend die Grossprojekte Schiene und Strasse Folgendes: Beim Rheintunnel wurde in der Folge der Abstimmung im November 2024 wohl eher darüber diskutiert, ob das Ergebnis auch am Mangel an Unterstützung aus Wirtschaftskreisen liegen könnte. Regierungsrat Isaac Reber hatte nie gehört, dass es am Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft liegen könnte. Dieser hatte sich nämlich klar und eindeutig positioniert, auch schweizweit. Beim sogenannten «Herzstück» wiederum ist es wohl auch zu guten Teilen dem Engagement des Baselbieter Baudirektors zu verdanken, dass der Bundesrat in seinen Eckwerten zur Botschaft Verkehr45 zumindest die Realisie-

rung einer Durchmesserlinie aufgenommen hat, womit das S-Bahn-Angebot der Region massiv verbessert werden kann. Deshalb bleibt dieses Projekt wichtig. Dank der Redimensionierung auf das Durchmessstück ist es nun in den Eckwerten des Bundes enthalten, sonst hätte man gar nichts gehabt. Bei der Verbesserung des S-Bahn-Angebots kann auch die Einführung des S-Bahn-Viertelstundentakts im Ergolzthal Ende letzten Jahres und absehbar auch im Birstal ab 2029 genannt werden. Schliesslich noch zum ZUBA, der Erschliessung der Lifescience-Meile am Bachgraben, eines der Wirtschaftsgebiets-Flagschiffe, zusammen mit dem Birstal und uptownBasel, wo neu auch noch Straumann hinzukommt (diesbezüglich ist man gut beraten, die Talstrasse schnell zu bauen): Regierungsrat Isaac möchte zunächst festhalten, dass es nicht der amtierenden Generation anzulasten ist, dass man diesbezüglich um Jahrzehnte zu spät ist. Wenn aber der Verlauf des ZUBA über Schweizer Boden beklagt wird, wie dies an der letzten Landratssitzung der Fall war, dann sind dazu zwei Dinge zu sagen: Erstens wurde diese Linienführung in der Ägide der Vorgängerin des Redners und vom Landrat festgelegt. Zweitens gibt es gar keine Alternative zur Führung über Schweizer respektive Basler Boden. Es sei denn man möchte das Projekt vollständig über französischen Boden führen, was eine absolut utopische und unrealistische Idee ist – und selbst wenn man sie umsetzen wollte, würde dies das Projekt um Jahrzehnte zurückwerfen. Es wäre darum gut und für das Projekt ZUBA sehr hilfreich, wenn auch die Motionärin und die ihr anverwandten Kreise nun aufhören würden, dieses Projekt zu bremsen, wie sie das schon 2022 versucht hatten beim Projektierungskredit mit der Forderung eines zweiten Tunnels – auf Basler Boden notabene. Auch damit wären 20 Jahre verloren gegangen respektive es wäre gar nicht möglich gewesen. Jetzt passiert wieder etwas ähnliches. Mit einer Initiative wird den Leuten vorgegaukelt, man könne den ZUBA «sofort und unverzüglich» bauen. Regierungsrat Isaac Reber hatte dies bereits gegenüber der Bau- und Planungskommission dargelegt: Könnte ihm jemand einen realistischen Zeitplan vorlegen, wie der Bau beschleunigt werden könnte, dann wäre er daran sehr interessiert. Bis jetzt konnte ihm aber noch niemand aufzeigen, wie es schneller gehen könnte. Der Zeitplan sieht vor, dass in rund fünf Jahren, anfangs der 30er Jahre mit dem Bau begonnen werden kann. Der Bund hat genau den gleichen Fahrplan. So hat er im Januar 2026 im Rahmen der Bekanntgabe der Eckwerte zu Verkehr45 gesagt, dass der ZUBA ins Agglomerationsprogramm sechs kommt und dieses beginnt genau dann. Kanton und Bund sind also diesbezüglich synchron. Last but not least: Seit Regierungsrat Isaac Reber der Bau- und Umweltschutzdirektion vorsteht, also seit 2019, wurden Projekte in vierstelliger Millionenhöhe im vorgegebenen Rahmen abgerechnet; das heisst 100 % Leistung zu den bewilligten Kosten. Auch hier besteht also kein Handlungsbedarf – wenn auch manchmal die Planungskosten höher ausfallen als ursprünglich geplant, relevant bleibt, was es am Schluss kostet. Der Kanton Basel-Landschaft ist in Bezug auf die Gesamtkosten verlässlich und bleibt im Kostenrahmen. Das wäre eigentlich eher ein Grund, zufrieden zu sein und nicht für Kritik.

Und noch etwas: Wenn jemand ernsthaft meint, der Kanton Basel-Landschaft müsse in die Erfolgsspur geführt werden, der soll sich folgende Zahl merken: 1444. Das ist die Zahl der Firmenneugründungen im Kanton Basel-Landschaft im letzten Jahr, und es ist eine Rekordzahl. Auch aus dieser Perspektive gibt es also keinen Grund, den Kanton schlechter zu reden als er es tatsächlich ist!

Mit anderen Worten: Regierungsrat Isaac Reber wünscht sich von der Motionärin und ihr nahestehenden Kreisen mehr konstruktives Aufeinanderzugehen und weniger solcher Motionen. Entsprechend wird im Namen des Regierungsrats beantragt, alle drei Vorstösse, auch als Postulate, abzulehnen.

Thomas Noack (SP) hat im Vorfeld der Sitzung den Bericht zur Verkehrsflussanalyse 2023 nochmals gelesen; ein sehr sorgfältiger Bericht mit einer nachvollziehbaren Analyse und entsprechenden Handlungsanweisungen. Der Bericht fokussiert fachlich korrekt richtigerweise auf die Ver-

kehrsknoten, nämlich jene Stellen im System, welche die Kapazität des Verkehrsflusses bestimmen. Im Kanton Basel-Landschaft waren zum Erhebungszeitpunkt nur sechs Knoten in der schlechtesten Stufe 11, also mit einer Wartezeit länger als rund eineinhalb Minuten. Diverse Massnahmen wurden vorgeschlagen, einige wurden mittlerweile bereits umgesetzt. Dies ist das pragmatische Vorgehen des Tiefbaus.

Liebe Christine Frey, die Realität ist, dass schnelle Rezepte und einfache Lösungen nicht auf dem Tisch liegen. Nicht, weil die Planenden nicht gut arbeiten, sondern weil es an den neuralgischen Knoten eben zu wenig Platz hat und weil Bauprojekte vom Start bis zur Realisierung eben lange brauchen. Land muss erworben werden, die Finanzierung muss sichergestellt werden und es müssen Lösungen für alle Verkehrsträger gefunden werden. Nicht zuletzt kommt es häufig auch noch zu Einsprachen, nicht selten von den betroffenen Grundeigentümern. Hierbei hilft es leider nicht, das Reporting noch enger zu takten und noch mehr Prioritätenlisten zu erstellen. Diese binden lediglich wichtige, wertvolle Ressourcen und führen zu mehr Bürokratie ohne echten Nutzen. Thomas Noack ist erstaunt, dass diese Motion unter diesem Gesichtspunkt die strenge Qualitätsprüfung der FDP-Fraktion überstanden hat. Der Bericht zur Verkehrsflussanalyse ist aus der fachlichen Sicht des Redners sehr gut. Er zeigt genau auf, wo die Schwachstellen liegen und was mögliche und realisierbare Massnahmen zur Verbesserung sind. Es gibt keine grossen Würfe – damit hat Christine Frey selbstverständlich recht. Die grossen Würfe sind meistens nur Träume, die sich nicht realisieren lassen. Die angeprangerte Ideenlosigkeit ist eben auch ein Spiegel der überhaupt realisierbaren Massnahmen. Das Auto ist einfach kein effizientes Transportmittel – das schleckt keine Geiss weg und ist die Systemgrenze. Persönlich glaubt Thomas Noack nicht, dass die «Anti-Stau-Brille» der richtige Blickwinkel ist. Vielmehr müsste weitergedacht und die Frage gestellt werden, wie die Anzahl unnötiger Fahrten ernsthaft verringert werden kann. Was braucht es, um 15-Minuten-Städte zu realisieren? Wo sind die Wohn-, Arbeits- und Freizeitplätze? Lassen sich dezentrale Angebote realisieren? Wird das Homeoffice konsequent genug genutzt? Oder muss noch ernsthafter über Carsharing und über Mobility-Pricing mit Steuerungswirkung nachgedacht werden? Hierbei geht es nicht um Fragen des Infrastrukturausbaus, sondern um gesellschaftliche Fragen, die man sich dringend stellen müsste. Die SP-Fraktion wird sowohl die Motion, die nur zu einem sinnlosen Ausbau der Bürokratie führen würde, als auch ein Postulat einstimmig ablehnen.

Rolf Blatter (FDP) spricht in einer Doppelfunktion. Regierungsrat Isaac Reber hatte die Wirtschaftskammer mehrmals einigermassen direkt angesprochen und Rolf Blatter ist seit vielen Jahren in deren Zentralvorstand und somit nah an den politischen Aktivitäten, die dort entwickelt werden. Zwei, drei Bemerkungen zum langen Votum von Regierungsrat Isaac Reber: Christine Frey hatte in ihrem Votum gesagt, dass das Projekt Campus Dreispitz lediglich ein Beispiel und nicht der Aufhänger sei. Regierungsrat Isaac Reber hatte dem widersprochen, indem er sagte, der Campus Dreispitz werde jeweils im ersten Satz der Vorstösse erwähnt. Christine Frey hatte aber erklärt, was damit gemeint ist. Der Campus Dreispitz ist das Beispiel für gewisse Projektentwicklungen und nicht mehr. Zudem wurde gesagt, dass die Wirtschaftskammer bei der Koordination von Aktivitäten zwischen der Verwaltung und der Wirtschaftskammer blockiere. Rolf Blatter ist bei diesen Sitzungen zwar nicht dabei, aber er hört immer, dass es eigentlich umgekehrt ist. Bei der Taskforce Anti-Stau, die seit vielen von Christoph Buser präsiert wird, ist es so, dass der Kanton einfach nicht zu den Einladungen erscheint. Für die Taskforce Anti-Stau und für die Denkmal- und Heimatschutzkommission wurden des Weiteren neue Mitglieder gesucht. Rolf Blatter hatte sich für beide gemeldet. Bei der Taskforce Anti-Stau hatte er von einem externen Büro eine Rückmeldung erhalten. Betreffend die Kommission für Denkmal- und Heimatschutz hat er seit fünf Monaten gar nichts gehört. Dies zeigt, mit welcher Ernsthaftigkeit mit diesen Kommissionen umgegangen wird. Der Regierungsrat verweist in seiner Stellungnahme zur Ablehnung des Vorstosses auf die Kosten, welche die Beantwortung der Motion auslösen würde. Spannenderweise ist in den Stellung-

nahmen des Regierungsrats zu Vorstössen von linker Seite nie etwas zu den Kosten zu lesen. Wenn es aber um das Wirtschaftskammer-Bashing geht, ist der Kostenpunkt plötzlich ein Thema. Beim Thema Hochleistungsstrasse ist jeweils die einzige Antwort des Regierungsrats, die Strassen seien an den Bund übergegangen. Dies stimmt natürlich. Aber die Antwort könnte auch enthalten, dass beim MIV ein Problem bestehe und über andere Hochleistungsstrassen nachgedacht werden könnte. Eine der 16 Initiativen der Wirtschaftskammer möchte eine Querverbindung auf Kantonsgebiet zwischen dem Raum, wo uptownBasel liegt, und dem Raum Pratteln und Liestal. Die Verwaltung könnte auch selber auf diese Idee kommen, um zur Lösung des Verkehrsproblems beizutragen. Das beste Beispiel ist die Rauricastrasse. Darüber wurde sowohl in der BPK als auch im Landrat lange diskutiert. Es kann nachgelesen werden, dass der Rückbau der Rheinstrasse Zug um Zug mit dem Fortschritt des Baus im Bereich zwischen Rheinstrasse und Rhein gehe. Seit der Einweihung der Rauricastrasse sind nun drei oder vier Jahre vergangen und bis heute ist kein einziger Bagger aufgefahren. Aber die Bauverwaltung hat dennoch in einer Nacht- und Nebelaktion die Strasse blockiert ohne demokratische Legitimation, einfach weil sie diese Strassen schliessen wollte. Dies ist einfach nicht korrekt.

Zum Thema Baugesuche respektive Baubewilligung: Rolf Blatter ist derzeit relativ nah dran bei einem Bauprojekt von zwei Mehrfamilienhäusern mit elf Wohnungen in Duggingen. Das Baugesuch wurde vor 180 Tagen eingereicht, eine Baubewilligung liegt aber noch nicht vor. Vor einigen Wochen hatte der Landrat über den Engineering-Auftrag für den Verwaltungsneubau diskutiert. Dazu gab es mehrere grosse Zeitungsberichte, unter anderem von einem Fachmann für Holzbau und Engineering im Holzbau. Vor diesem Hintergrund ist naheliegend, dass eine externe Überprüfung der Aktivitäten in der BUD Not tut.

Rolf Blatter macht beliebt, den Vorstoss für Transparenz in der BUD zu überweisen.

Urs Kaufmann (SP) stellt fest, Christine Frey habe sich beklagt, dass der Umgang mit Kritik nicht konstruktiv sei. Das Grundproblem scheint aber vielmehr zu sein, dass es gar keine konstruktive Kritik gibt, mit der konstruktiv umgegangen werden könnte.

Es wurde bereits mehrmals über das Projekt Campus Dreispitz gesprochen, dass in allen Motionen als Aufhänger oder als Beispiel aufgelistet ist. Genau bei diesem Projekt lag die Verantwortung jedoch nicht bei der BUD und deren Vorsteher, sondern es handelte sich um einen Entscheid des Gesamtregierungsrats und um ein Projekt im Lead der BKSD. Im Nachhinein kann man doch sehr froh sein, dass bei der BUD nicht bereits eine Projektorganisation vorhanden war und nun nicht schon ein Uni-Standort auf dem Dreispitz steht, der dem Kanton hohe Kosten verursachen würde und gar nicht mehr im Sinne der Universität und deren Studierenden wäre. Der Campus Dreispitz ist somit ein schlechtes Beispiel.

Christine Frey weist immer wieder darauf hin, dass in der Industrie alles sehr viel besser sein soll. Heute konnte in der Zeitung zum Projekt Novartis Campus gelesen werden, dass vom tollen Masterplan von Vasella letztlich nicht mehr wirklich viel vorhanden ist. Es wurden einige architektonische Highlights realisiert, daneben gibt es aber diverse Brachflächen und Abbruchobjekte und verschiedene Gebäude, die nun sogar noch an ausländische Investoren verhökert werden sollen. Auch in der Industrie ist nicht immer alles von Anfang bis Schluss klar und wird genau so umgesetzt, wie ursprünglich mal geplant. Beim Novartis Campus waren nachweislich nicht die BUD und Regierungsrat Isaac Reber in der Verantwortung.

Wie schon gesagt, würden die Motionen zusätzliche Arbeiten auslösen. So müsste die Verwaltung zusätzliche Berichte erstellen. Es gibt bereits unzählige Berichte, die teilweise sogar gesetzlich vorgeschrieben sind und halbjährlich publiziert werden müssen. Nun sollen weitere Berichte hinzukommen, zusätzliche Abklärungen getroffen werden, eine weitere Koordination mit noch mehr Beteiligten erfolgen und weitere Benchmark-Vergleiche erstellt werden. Zudem sollen externe Büros zusätzlich eingebunden werden für ein zusätzliches Controlling. Es braucht zusätzliche Juristen,

um noch einmal zusätzliche weitere Verträge zu machen. Wird das Bestehende noch einmal aufgeblasen, kann es aber schlicht nicht effizienter werden. Christine Frey fordert eigentlich eine Bürokratieoffensive. Die SP-Fraktion lehnt die Motionen ab und wartet auf konstruktive Kritik, über die mit der BUD ein konstruktiver Austausch erfolgen und mit der konstruktiv umgegangen werden kann.

Margareta Bringold (GLP) macht es kurz: Die GLP-Fraktion lehnt die Motion ab. Diese führt zu mehr Bürokratie, mehr Doppelspurigkeiten und sie bringt keinen Mehrwert und leistet keinen Beitrag zur Verbesserung von Bauprojekten etc.

Stephan Ackermann (Grüne) stellt fest, das Wesentliche sei bereits gesagt worden. Mit Blick auf Effizienz und Effizienzsteigerung könnten sich nun eigentlich alle kurzfassen und darüber abstimmen. Die Meinungen sind gemacht und es ist zu hoffen, dass nun nicht über alle Vorstösse so lange diskutiert wird – auch wenn dies selbstverständlich allen frei steht.

Stephan Ackermann ist als Prattler von Salina Raurica direkt betroffen. Die Verlegung der Rheinstrasse ist bezüglich Lärm für die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Quartiers ein riesiger Gewinn, auch wenn dies für Aussenstehende schwer vorstellbar sein mag. Zudem ist nicht wahr, dass bislang keine Bagger aufgefahren sind. In der Gemeinde Augst ist viel passiert. Bagger sind aufgefahren, um neue Wohnungen zu bauen. Augst wird wachsen. Es ist schade, dass manche nicht bei den Facts bleiben. Es muss einem zwar nicht alles passen, was die Verwaltung macht, aber der Mehrwert eines derartigen Bashings erschliesst sich dem Redner nicht. Für Stephan Ackermann liegt auch kein Mehrwert in weiteren Kommissionen, Arbeitsgruppen und Reportings. In der Privatindustrie mag derzeit zwar einiges in diese Richtung laufen, aber auch darin sieht der Redner keinen Mehrwert. Man verliert sich in Arbeiten, ohne etwas für die Region erreichen zu können. Dies ist bedauerlich. Vielmehr sollten eigentlich die Reihen geschlossen werden und der Landrat sollte sich gemeinsam fürs Baselbiet einsetzen. Die Motionen sollten abgelehnt werden, damit man sich wieder dem Tagesgeschäft widmen und so etwas erreichen kann.

Christine Frey (FDP) spürt den Widerstand der gegenüberliegenden Ratsseite, weiss jedoch nicht, weshalb sich diese so dagegen wehrt, wenn Dinge benannt werden, die einem gegen den Strich gehen. Der Baudirektor sagt, dass viele Projekte durchgeführt werden. Aber mit Verlaub: Dass Projekte zu Schulhäusern, Verwaltungsneubauten oder Hochwasserschutz gut laufen, ist toll, diese bringen aber den Wirtschaftsstandort nicht weiter. Infrastrukturprojekte sind dringend notwendig.

Die Realität ist, dass es in diesem Kanton jeden Tag Stau gibt aber kein Mobilitätskonzept, das alle möglichen Transportarten berücksichtigt und aufzeigt, wie dieses Problem in den nächsten zehn Jahren gelöst werden kann. Lösen lässt es sich übrigens auch nicht, wenn hier im Saal gesagt wird, das Auto sei ineffizient. Dass jeder jeden Tag entscheiden kann, ob man mit dem Velo, dem ÖV oder mit dem Auto von A nach B geht, ist Freiheit. Der Landrat sollte nicht planwirtschaftlich denken, sondern die Realität anschauen und für die Bevölkerung und für die Wirtschaft Lösungen finden. Man kann die Kritik auf Christine Frey projizieren. Was sie hier vorbringt, denkt jedoch nicht nur sie, sondern viele Personen. Das sieht sie an Veranstaltungen, anlässlich derer sie darauf angesprochen wird.

Was den erwähnten, offenbar bestehenden Konflikt zwischen Regierungsrat Isaac Reber und der Wirtschaftskammer anbelangt: Er wird dazu eingeladen, dieses Thema dort direkt zu adressieren und nicht wiederholt im Landrat wiederholt vorzubringen. Die Direktbetroffenen können im Landrat gar keine Stellung beziehen und Christine Frey ist auch nicht darüber im Bild, wer wann an welcher Sitzung teilgenommen hat und wer nicht.

Noch ganz kurz zum hochgelobten Verwaltungsneubau: Es heisst, man befinde sich bei den Endkosten im Budget. Erstens wurde dieser Bau noch nicht realisiert. Es ist bekannt, dass Bauen

Überraschungen bringen kann. Zweitens wurde das Parking weggelassen und nun wird betont, dass das Budget eingehalten werden könne.

Christine Frey wünscht sich, wenn ihre Ideen nicht gut sind, dass wenigstens andere Vorschläge formuliert werden, wie dieser Stillstand überwunden und Transparenz und Messbarkeit geschaffen werden könnten.

Silvia Lerch-Schneider (FDP) betont, dass es vor allem um Transparenz bei grossen Infrastrukturprojekten und Projekten mit hoher finanzieller Bedeutung und grosser Wirkung für den Kanton Basel-Landschaft gehe. Gerade wenn es um wirklich viel Geld geht, braucht es doch eine klare Information.

Die Motion verlangt keine Revolution, sie verlangt mehr Übersicht und mehr Transparenz. Eine externe Projektüberprüfung alle zwei Jahre ist kein Misstrauensvotum. Bei grossen, komplexen Projekten ist es doch sinnvoll und notwendig, zwischendurch eine unabhängige Standortbestimmung vorzunehmen. Das kann dabei helfen, Risiken früh zu erkennen und Kurskorrekturen vorzunehmen. Dies ist ein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern. Auch ein regelmässiger Projektstatusbericht an den Landrat ist nichts Aussergewöhnliches, weil der Landrat schliesslich die Mittel für diese Projekte bewilligt. Deshalb ist es doch wichtig, regelmässig strukturiert über Fortschritte, Abweichungen und Finanzierungen zu informieren und nicht erst, wenn die Nachtragskredite hereinflattern. Dies ist Aufsicht und keine operative Einmischung. Es geht darum, Strukturen so zu verbessern, dass Projekte stabil, transparent und planbar umgesetzt werden können.

Andi Trüssel (SVP) pflegt keinen diplomatischen Stil und muss deshalb vorsichtig sein, wie er sich äussert. Dafür macht er es kurz: Stephan Ackermann spricht von hervorragenden Zuständen in der Rheinstrasse. Weshalb wurde der Kreisel, wo die Quartierstrasse Salina Raurica endet, noch nicht weitergeführt? Noch immer fahren alle durch Augst und Kaiseraugst. Nur ein kleiner Teil von Augst hat nun Ruhe und kann ein Canapé auf der Strasse aufstellen.

Regierungsrat Isaac Reber wurde sehr genau zugehört. Es ist erstaunlich, dass aus den letzten sieben Jahren ausschliesslich positive Dinge erwähnt werden. Andi Trüssel würde gerne eine Firma sehen, in der während sieben Jahren alles nur positiv läuft. Das kann nicht sein. Es wäre nett, würden die negativen Punkte auch erwähnt.

Die SVP-Fraktion unterstützt die Vorstösse sowohl als Motionen wie auch als Postulate einstimmig.

Urs Kaufmann (SP) nimmt die Aussage von Christine Frey auf, dass ein Mobilitätskonzept fehle. Einerseits wird daran gearbeitet. Andererseits ist ein solches nicht Bestandteil der vorliegenden Motionen. Mit diesen fordert sie lediglich einen Überwachungsstaat. Von einem Mobilitätskonzept ist nirgends die Rede. Christine Frey hatte auch nach Vorschlägen gefragt, wie der Stillstand im Kanton überwunden werden könne. Auch das ist nicht Bestandteil dieser Motionen. Darin sind keine Massnahmen aufgeführt, die dazu führen, den Stillstand zu überwinden. Im Gegenteil: Der Stillstand wird forciert, weil viele zusätzliche Berichte erstellt und Büros für zusätzliches Controlling beauftragt werden müssen. Dies ist auch Silvia Lerchs Fehleinschätzung: Viele neue Berichte bringen überhaupt nichts. Es gibt ja bereits regelmässig Anhörungen, Hearings oder Berichte zu laufenden Projekten in der Bau- und Planungskommission. Ebenso können jederzeit Fragen gestellt werden. Die Projekte kommen nicht schneller voran, wenn das geforderte Online-Dashboard erstellt würde, worauf dauernd neue Berichte abgelegt und sogar in den Landrat gebracht würden. Das ist lediglich zusätzliche Bürokratie.

Im Rahmen des AFP erfolgt eine Berichterstattung zu allen laufenden Projekten des Investitionsprogramms. Der Austausch zwischen Verwaltung und Landrat findet also bereits regelmässig statt. Immer neue Dinge zu fordern, bringt niemanden weiter, sondern führt zu zusätzlichem Stillstand.

Stephan Ackermann Maurer (Grüne) freut sich, dass man aufgrund der Vielzahl an Vorstössen immer wieder reden und somit die Beschränkung auf zwei Voten pro Geschäft etwas umgehen könne. An Andi Trüssel: Die Situation vor Ort ist bekannt. Augst profitiert eigentlich gar nicht einmal nur am Rand. Die Änderungen des Verkehrsflusses wurden auf Prattler Boden vorgenommen. Es zeigt aber exemplarisch, wo die Herausforderungen liegen. Möchte man Augst entlasten, müsste die Strasse an einem ganz anderen Ort durchgeführt werden. Um dies nicht nur planen, sondern auch umsetzen zu können, braucht es aber auch den Kanton Aargau. Dieser wäre sicher nicht begeistert, würde doch der Verkehr vor der Liebrüti oder nochmal woanders durchfahren. Dies zeigt, wie schwierig die kantonale Planung aufgrund des engen Raums ist. Man hat nicht nur fast keinen Platz für Infrastrukturbauten, sondern es sind stets gleich mehrere Kantone oder sogar Länder betroffen. Daraus dem Regierungsrat einen Strick zu drehen und zu bemängeln, dass es nicht vorwärtsgeht, ist nicht richtig. Das ist die Realität, in der wir uns bewegen. Es wird nicht besser, auch wenn nun noch stundenlang darüber diskutiert wird. Entsprechend sind dies auch keine Lösungen.

Ein Punkt ist, Informationen einzufordern, sollten sie denn fehlen. Dafür braucht es keine weiteren Gremien, sondern es gibt bereits beispielsweise die Bau- und Planungskommission. Dort kann ein Bericht verlangt werden, in dem aufgezeigt wird, wo es hapert und weshalb es nicht schneller vorwärtsgeht. Neue Gremien sind eine Verschwendung von Steuergeldern. Stephan Ackermann erwartet von allen und nicht nur von der bürgerlichen Seite einen sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern. Entsprechend sind diese Vorstösse abzulehnen.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) findet diese Diskussion langsam mühsam. Seit einer Stunde dreht sich der Landrat im Kreis. Sie wäre sehr dankbar, wenn man langsam zum Schluss kommen und abstimmen könnte, denn es gibt noch so viele andere Vorstösse, die beraten werden sollten.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) muss einige Dinge festhalten. An Silvia Lerch: Selbstverständlich werden bei grossen Projekten Audits durchgeführt, so beispielsweise beim Berufsbildungszentrum MuttENZ, das CHF 200 Mio. kostet. Es gibt natürlich auch Steuerungsgremien und so weiter und so fort. Aber es kann ja nicht sein, dass die Diskussion, ob ein Vorprojekt abgeschlossen werden kann oder nicht, im Landrat geführt wird. Einverstanden ist der Regierungsrat damit, dass dort, wo diese Fragen an der richtigen Stelle sind, Transparenz geschaffen werden muss. Beim anderen Grossprojekt – dem Zubringer Bachgraben – ist es noch keine zwei Monate her, dass in der Bau- und Planungskommission aufgezeigt wurde, wo man steht, was getan wird und wo Schwierigkeiten bestehen und wie der Fahrplan aussieht. Die BPK ist auch der richtige Ort, um Transparenz schaffen zu können. Man stelle sich aber vor, diese Diskussion würde hier drin mit 90 Personen geführt. Das würde diese Projekte nicht wirklich weiterbringen.

Die BUD ist bereit, Lösungen zu suchen und zu finden. Mit der Handelskammer funktioniert das seit Jahr und Tag. Es gibt einen regelmässigen Austausch und es werden gemeinsam Lösungen gesucht und gefunden, so beispielsweise bei der Korridorstudie Birstal, die zusammen mit dem ASTRA durchgeführt wurde. Es führt kein Weg am ASTRA vorbei. Mit der Handelskammer konnte man sich hinsetzen und ging gemeinsam zum ASTRA inklusive der Nachbarkantone und führte die Korridorstudie durch. So konnten Lösungen gefunden werden. Das ist der richtige Ansatz und der richtige Weg, dazu ist die BUD gerne bereit und zwar mit allen Partnerorganisationen. Letztlich muss halt aber auch etwas Konstruktives kommen. Man kann nicht behaupten, kein Gehör gefunden zu haben, wenn die Ideen einfach nicht funktionieren, wie beispielsweise mit den beiden Tunneln beim ZUBA. Das ist selbst bei bestem Willen nicht möglich. Es ist bereits ein Erfolg, wenn auf Basler Boden ein Tunnel gebaut werden kann.

Noch einmal: Es war nun oft von Stillstand im Kanton die Rede. Letztes Jahr wurden 1'444 Firmen

gegründet. Das ist eine Rekordzahl. Dennoch von Stillstand zu reden, ist beinahe geschäftsschädigend. Die Diskussion sollte nun abgeschlossen werden.

://: Mit 37:34 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
